

(Katrin Lompscher)

geführt, frühere Zusagen zum Meinungs austausch mit Bürgern blieben unerfüllt. Die Bürger durchschauen immer mehr, dass mit dem FNP-Änderungsverfahren und dem parallelen Bebauungsplanverfahren des Bezirksamtes Treptow-Köpenick nicht die objektiven Gegebenheiten des vorliegenden Raumes festgestellt, sondern Vollzugsbedingungen für einen Investor geschaffen werden sollen. Dem rollt man den roten Teppich für einen überdimensionierten Vergnügungspark auch in das Landschaftsschutzgebiet aus, damit er dem Land die Schulden abnimmt, was unter einem ehrlichen Strich nie der Fall sein wird. Wenn diese Pläne nicht gestoppt werden, lastet auf den Schultern der Bürger der Stadt beides: die Schulden und die irreversible Schädigung einer noch geschützten Landschaft.

Senat und Bezirke dürfen frühere Planungsfehler nicht wiederholen. Am Spreepark darf kein erneutes Wettrennen um ein Prestige projekt starten. Senat und Bezirke müssen sich ganz klar zu einem Neuansatz bekennen. Auch Überlegungen, den Dammweg zu verbreitern und ein Parkhaus mit 900 Parkplätzen mitten in den Plänterwald zu bauen, muss eine Absage erteilt werden.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Andreas Otto (GRÜNE)]

Ob Berlin tatsächlich eine Smart-City ist, muss sich bei der Verkehrslösung für diesen Standort erweisen.

Ich will abschließend auch noch einmal daran erinnern, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger den Spreepark nie aufgegeben und den Druck soweit erhöht haben, dass der Senat endlich die Liegenschaft de facto zurückkaufen musste. Damit meine ich auch die Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Stunde. Die Bürgerinitiative Pro Plänterwald muss endlich gehört werden. Klar muss aber auch sein: Von Riesenrädern kann man träumen, aber verwirklichen sollte man sie nicht. Denn wenn wir Spreepark sagen, dann meinen wir Plänterwald, Erholung, Naturschutz und Denkmalschutz. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön, Frau Kollegin! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie an den Hauptausschuss vorgeschlagen. – Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Für die lfd. Nrn. 3.2 und 3.3 wurden keine Prioritäten gemeldet.

Ich rufe auf

lfd.Nr. 3.4

Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tagesordnungspunkt 21

Saubere Schulen für besseres Lernen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/1567](#)

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von grundsätzlich fünf Minuten zur Verfügung. Soweit eine Fraktion die Redezeit von fünf Minuten überschreitet, erfolgt eine Anrechnung auf das Kontingent der Fraktion gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung.

Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Remlinger, Sie haben das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ziemlich genau einem Jahr hat mein Kollege Özcan Mutlu eine Kleine Anfrage zum Thema verdreckte Schulklos gestellt. Damals antwortete die Senatsverwaltung, dem Senat lägen keine Informationen darüber vor, ob und in welchem Umfang Schülerinnen und Schüler die Sanitäranlagen der Schulen benutzten oder nicht. Erkenntnisse darüber, ob es das Lernen beeinträchtigt, wenn die lieben Kleinen lieber stundenlang ihre Beine zusammenkniefen, statt auf die Klos zu gehen, besitze er nicht und er wisse auch nicht, was die Bezirke bei dem Thema täten. – Ich dachte, ein Jahr später wären wir einen Schritt weiter. Stattdessen? – Das Thema brennt eher noch mehr, doch die Koalition verkündet, wie heute schon einmal, dass in den Berliner Schulen alles zum Besten stehe und die AG Schulsreinigung, die in der Bildungsverwaltung zwischenzeitlich eingesetzt worden war, wurde zum fürbassen Erstaunen der Beteiligten wieder aufgelöst. Jetzt sind – wir kennen das Spiel – wieder die Bezirke an allem schuld. Vielleicht sind sie es auch nicht, auf jeden Fall stehen wir wieder am Anfang.

Wir sind der Meinung: Das kann es nicht gewesen sein. Deshalb beantragen wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass auf Landesebene eine Musterausschreibung für die Reinigungsleistungen an unseren Berliner Schulen erarbeitet wird.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir fordern, dass Sie die AG wieder einsetzen. Wir wissen, dass die Innung, die Reinigungsunternehmen und die Gewerkschaften weiterhin gern bereit sind, ihr Wissen und ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Wir bitten Sie: Nutzen Sie dieses Know-how und unterstützen Sie damit auch die Bezirke!

[Beifall bei den GRÜNEN]

(Stefanie Remlinger)

Sicher wird ein Bürgermeister wie Herr Buschkowsky nicht zugeben, dass es bei ihm im Bezirk Probleme gibt, nicht mit der Sauberkeit und auch nicht in Vergabefragen. Aber dass dem in vielen Bezirken so ist, zeigt ein Blick in den Landesrechnungshofbericht. Dort steht für alle zu lesen, dass für nur 50 Prozent der Schulstandorte die vorgeschriebene Ausschreibung alle drei Jahre stattfindet. Die Bezirksämter Marzahn-Hellersdorf, Mitte, Reinickendorf und Spandau weisen darauf hin, dass Ihnen das Personal fehlt, um die Vergabe regelmäßig korrekt durchführen zu können.

[Unruhe]

Präsident Ralf Wieland:

Kleinen Moment, Frau Kollegin! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hintergrundgeräusche sind sehr, sehr störend. Führen Sie Gespräche bitte draußen, und hier drinnen hören Sie bitte zu. – Frau Remlinger, fahren sie fort!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Vielen Dank! – Nicht nur der Rechnungshofbericht zeigt in fast allen Bezirken Probleme auf, sondern viele Bezirke haben auch aktuell Probleme gemeldet. Friedrichshain-Kreuzberg ist da nur die Spitze des Eisbergs. Sowohl Pankow als auch Lichtenberg haben Probleme an mehreren Schulen gemeldet, aus Steglitz dringt die Kunde, dass Gymnasiastinnen auf die Klos einer benachbarten Bibliothek ausweichen, der Geschichten sind viele, und auch an der Anna-Lindh-Schule in Mitte, die der Anlass für die Kleine Anfrage meines Kollegen war, ist noch nichts gelöst. Wir bitten deshalb herzlich darum, dass Sie das Problem nicht einfach wieder auf die Bezirke abwälzen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Machen Sie auch nicht einfach das Nutzerverhalten für die Probleme verantwortlich! Auch das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm kann nur ein Baustein sein. Natürlich muss die Schulsanierung mit der Reinigung Hand in Hand gehen. Für die Gefahr von Vandalismus gilt ebenfalls: Wenn Sie diese Gefahr reduzieren wollen, müssen Sie für intakte und saubere Schulen sorgen. Das alles gilt gleichzeitig. Hören Sie auf, das gegeneinander auszuspielen!

Damit zum zweiten wichtigen Punkt unseres Antrags. Wir wollen, dass eine Musterausschreibung erarbeitet wird, die gute Kriterien für die Reinigungsleistungen selbst und für die Bezahlung der Reinigungskräfte festschreibt und rechtssicher macht.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir sind davon überzeugt, dass damit in der Tat die Kosten steigen werden. Damit sind wir bei der Gretchenfrage

an Sie als Koalition: Glauben Sie wirklich, selbst ein Herr Buschkowsky würde nicht plötzlich etwas ganz anderes sagen, wenn seinem Bezirk diese Mehrkosten für eine bessere Ausschreibung vom Land abgenommen werden würden? Das ist das, was wir fordern, dass die Bezirke diese Kosten, die keine steuerbaren Kosten sind, abgenommen bekommen. Wir bitten herzlich um Ihre Unterstützung an dieser Stelle, wenn wir in den Ausschüssen darüber diskutieren und die Senatsverwaltungen für Bildung und für Finanzen davon überzeugen müssen, dass es überhaupt keinen Grund gibt, weshalb bei der Schulreinigung nicht gehen sollte, was beim Schulessen möglich war. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön, Frau Kollegin! – Für die SPD-Fraktion jetzt der Kollege Özışık. – Bitte schön!

İlkin Özışık (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gute Bildung und gutes Lernen können nur in einer guten und sauberen Umgebung gelingen. Dafür treten wir genauso ein wie andere Fraktionen in diesem Haus. Wir engagieren uns in diesem sehr wichtigen Feld. Beispielsweise haben wir als Sozialdemokratische Fraktion mit unserem Koalitionspartner die Mittel für das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm verdoppelt. Und wir halten das: noch einmal 64 Millionen jährlich für die Berliner Schulen. Dennoch, nachlassen dürfen wir nicht. Die Situation der Schultoiletten muss sich deutlich verbessern. Daran arbeiten wir, zukunftsgerichtet und langfristig tragfähig für eine zuverlässige Reinigung und Hygiene in unseren Berliner Schulen.

In Bezug auf den Antrag gibt es ein paar Dinge, die unverständlich sind. Erstens: Warum jetzt? Warum wird jetzt auf Antworten gepocht, obwohl eine ausführliche Prüfung notwendig ist und geliefert wird? – Die Frage muss erlaubt sein. Warum kommt der Antrag zu diesem Zeitpunkt? Staatssekretär Rackles hat Ihnen im Hauptausschuss gegenseitiges Interesse zugesichert und einen ausführlichen Bericht für diesen Sommer angekündigt. Aber das Problem ist doch Folgendes: Wir brauchen eine langfristige, gute Lösung, die sicherstellt, dass die Mängel, die heute teilweise sichtbar werden, nicht wieder vorkommen. Dazu müssen wir die Struktur analysieren und die richtigen Stellschrauben für eine zufriedenstellende Lösung finden.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lauer?

İlkin Özişik (SPD):

Nein! – Erst dann können wir langfristig erfolgreich handeln. Dafür brauchen wir den ausführlichen Bericht vonseiten der Senatsverwaltung. Und da bitte ich Sie um Geduld im Interesse der Sache. Der Bericht, den wir brauchen, kommt diesen Sommer.

Zweitens: Reden wir hier eigentlich nicht über Aufgaben der Bezirke? Der Senat ist aufgefordert, eine Musteraus-schreibung für Reinigungsleistungen zu erarbeiten. Ich darf Sie an dieser Stelle daran erinnern: Wir befinden uns im Landesparlament. Die Kooperation betrifft die Experten aus der Verwaltung und die Bezirke. Die Leistungsvergabe und Kontrolle der Reinigung liegt in der Zuständigkeit der Bezirke und Schulen selbst. Die Frage, die sich tatsächlich stellt, ist, inwieweit wir hier zu diesem Zeitpunkt vernünftig über bezirkliche Fragen reden können. Was wir brauchen, ist der detaillierte Bericht der Senatsverwaltung.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Toll!]

Natürlich sind wir als Parlament mit eingebunden in die Entscheidung und die Förderung der Schulen. Doch dürfen wir an dieser Stelle die Verantwortlichkeiten nicht außer Acht lassen. Die Senatsverwaltung arbeitet eng mit den Bezirken zusammen. Diese Kooperation ist sehr wichtig.

Insgesamt geht es hier um folgende Punkte: zum einen die investiven Mittel. Das Schulsanierungsprogramm, das ich eben erwähnte, ist der Teil der notwendigen investiven Mittel für die Sanierung und Instandsetzung der Sanitärbereiche. Doch setzen Bezirke ihre Prioritäten selbst. Zum anderen geht es um das Nutzerverhalten. Dahingehend ist eine Fachtagung für den Erfahrungsaustausch angekündigt. Und drittens geht es um die bereits angeführte Leistungsvergabe und Kontrolle.

Eine neue Musteraus-schreibung für Reinigungsleistungen kann positive Effekte bringen. Für konstruktive Ergebnisse brauchen wir den Bericht der Senatsverwaltung. Die Geduld müssen Sie aufbringen, um eine langfristige Lösung zu erarbeiten. Mittelfristige Lösungen sind die Probleme der Zukunft. Wenn wir den Kindern helfen wollen, müssen wir an einer guten Entscheidungsgrundlage interessiert sein. Das ist politische Verantwortung, das ist, was wir im Parlament brauchen, und das ist auch unsere Art und Weise, Politik zu machen. Ich freue mich auf die Ausschussarbeit und die dort stattfindenden Diskussionen, denn dort in den Bildungsausschuss gehört die Debatte. Dort sollten wir mit guter Grundlage diskutieren können. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Fraktion Die Linke jetzt Frau Kittler – bitte schön!

Regina Kittler (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass eine schmutzige Schule nicht gut für die Lernbereitschaft und das Erreichen bester Leistungen ist, ist wohl klar. Dass eine schmutzige Schule auf Dauer krank machen kann, auch. Es gibt mittlerweile Schulen, bei denen das Gesundheitsamt klären muss, ob ein Schulbesuch nicht akut gesundheitsgefährdend ist. Seit Weihnachten 2012 erreichen uns Abgeordnete immer wieder Wunschzettel des Landeselternausschusses, in denen sie um Unterstützung bitten, in denen wir z. B. Fotos von Toiletten sehen können, die in jeder Gaststätte zur sofortigen Schließung führen würden. Und wenn dann aus der Senatsverwaltung, darauf angesprochen, die Antwort kommt, die Schüler sollten da ja auch nicht essen, dann spricht das natürlich Bände.

Zu solchen Zuständen bei Toiletten, zu aufsteigender Nässe in Wänden, zu ständig unter Wasser stehenden Kellerräumen, die in der Regel mit dem sogenannten Sanierungsstau verbunden sind, kommt nun hinzu, dass an vielen Schulen nicht mehr gründlich saubergemacht wird. Und bekanntermaßen neigen viele Menschen, auch Schülerinnen und Schüler, dazu, in einem schmutzigen Umfeld es mit dem eigenen Verhalten auch nicht so ganz genau zu nehmen.

Die Ursachen für die auch in der Begründung zum vorliegenden Antrag beschriebene Situation sind bekannt. Die möchte ich hier noch mal äußerst dick unterstreichen. Die Bezirke sind durch den Spardruck des Senats gezwungen, den billigsten Anbieter zu nehmen, der dann verspricht, Mindestanforderungen zu erfüllen. Die Folge sind ein starker Druck auf die Beschäftigten und oftmals nicht zu schaffende Leistungsvorgaben. Nicht bekannt ist oft, ob die Reinigungskräfte wirklich nach dem Vergabegesetz bezahlt werden, denn eine Kontrolle, die nach Schätzungen bei 10 Prozent liegt und die eine Selbstkontrolle ist, reicht da eben nicht aus. Dafür ist in den Bezirken auch gar kein Personal da, da musste ja abgebaut werden, und die drei Beschäftigten der Senatsverwaltung, die für die Kontrolle zuständig sind, dürfen aus den Bezirken auch nicht zu Hilfe geholt werden, wenn die Begründung ist, dass die Bezirke es personell nicht schaffen. Ebenso müsste die Einhaltung des Musterhygieneplans und der DIN-Normen kontrolliert werden. Auch das passiert aus den gleichen Gründen kaum.

Die Linksfraktion reichte im November 2011 einen Antrag mit dem Titel „Erhöhung des Mindestentgelts und Einrichtung einer Kontrollgruppe“ ein, Drucksache 17/0032. Überraschenderweise haben SPD und CDU hier keinen Bedarf gesehen und den Antrag abgelehnt.

(Regina Kittler)

Vielleicht kommen Sie ja jetzt aus Anlass des aktuellen Antrags dazu, darüber nachzudenken und doch Änderungen vorzunehmen. Die Linksfraktion stimmt dem vorliegenden Antrag grundsätzlich zu und sieht eine schnell stattfindende Behandlung in den Ausschüssen als geboten an. Dabei würde mich auch sehr interessieren – das war, denke ich, auch der Anlass für die Einreichung des Antrags jetzt; ich kann ja schlecht für die Grünen antworten, die könnten ja mal nicken oder den Kopf schütteln –, warum der Leiter der AG Schulreinigung, in der gemeinsam mit Bezirken, Gebäudereinigungs- und Gewerkschaften erörtert werden sollte, wie es besser werden kann mit der Schulreinigung, diese Arbeitsgruppe am 24. März kurzerhand auflöste. Staatssekretär Mark Rackles hat zwar einen Tag später mitgeteilt, dass der Senat sich nicht aus der Zusammenarbeit bezüglich der AG Schulreinigung zurückzieht, aber da bleiben trotzdem Fragen offen. Ich hoffe, dass das schnell geklärt werden kann.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und
den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion Frau Bentele – bitte schön!

Hildegard Bentele (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Keiner von uns will schmutzige, unhygienische Schulen, und keiner von uns will Zustände wie in Friedrichshain-Kreuzberg. Das haben wir heute ja schon an anderer Stelle deutlich gemacht.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Was ist denn hier los?]

Schulen müssen im Hinblick auf Sauberkeit Vorzeigeorte sein, und deshalb ist es ein Riesenproblem, wenn Reinigungsfirmen die vereinbarte Leistung nicht erbringen, die Schule schmutzig bleibt und im schlimmsten Fall Eltern einspringen müssen. Die Sauberkeit der Schule zu erhalten, muss ein gemeinsames Ziel sein, dem sich der Bezirk als Schulträger, die Reinigungsfirmen und die Schüler- und Lehrerschaft verpflichtet fühlen. Hier müssen also viele Rädchen ineinandergreifen. Die Nutzer der Schule müssen sich verantwortlich verhalten, die Reinigungsfirmen müssen ihre Aufgabe erfüllen, und es müssen Kontrollen dieser Leistungserbringung stattfinden und Sanktionen erfolgen, falls diese nicht erbracht werden.

In der vom Senat unterstützten und übrigens auch weiter tagenden Arbeitsgruppe Reinigungsarbeiten werden alle diese Themen bearbeitet, auch die wichtigen Themen Überarbeitung der DIN-Norm oder des Masterhygieneplans, und auch das von den Grünen aufgegriffene Thema Musterausschreibung spielt dort eine Rolle. Was ich aus dieser Arbeitsgruppe höre, ist, dass die Bezirke die Frage

der Schulreinigung durchaus unterschiedlich angehen, die allermeisten, wie mir scheint, übrigens auch erfolgreich, sodass ich denke, dass vorerst eine noch bessere Abstimmung zwischen den Bezirken über Best-Practice-Beispiele unter Anleitung und mit Hilfestellung des Senats das Gebot der Stunde ist, um das in manchen Teilen der Stadt vorherrschende Schulreinigungsproblem unter Kontrolle zu bekommen.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Remlinger?

Hildegard Bentele (CDU):

Ich habe noch einen Satz. – Abgesehen davon setze ich ganz viel Hoffnung auf die 200 Schulhausmeister-Assistenten, die wir aufgrund unserer Initiative aus dem Jahr 2012 hoffentlich ganz bald an die Schulen bringen werden und die sicher dabei helfen werden, die Schulen nicht nur sicherer zu machen, sondern auch die Reinigungsfirmen besser zu beaufsichtigen. – Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Bentele! Weil offensichtlich Unsicherheit hinsichtlich der Frage besteht, ob die AG aufgelöst ist oder nicht: Wenn in laufender Sitzung die Namensschilder der Teilnehmer eingesammelt werden, Ihnen gesagt wird, sie könnten sich gerne weiter treffen, aber der Sitzungsleiter dürfe nicht weiter einladen, sie könnten gerne unter sich selbst weiter beraten – glauben Sie, dass in so einer Situation die Interpretation der Teilnehmer, dass das eine Auflösung einer AG ist, eine Überinterpretation darstellt?

Hildegard Bentele (CDU):

Ich kann mich nur auf das Schreiben von Herrn Staatssekretär Rackles beziehen und auf die letzte Ausschusssitzung, wo auch die Senatorin bestätigt hat, dass diese AG weiter tagt.

[Lars Oberg (SPD): Was Frau Remlinger
übrigens weiß!]

In dem Schreiben wird auch genau gesagt, welche die Rolle des Senats sein kann, dass er weiter unterstützt und auch die Erstellung einer Musterausschreibung durchaus für sinnvoll hält.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Insofern geht die AG Reinigungsarbeiten weiter. Über die Zusammensetzung kann ich im Detail nichts sagen, aber das wurde eben schon mehrfach deutlich gemacht.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –

Zuruf von Lars Oberg (SPD) –
Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zu der Piratenfraktion. – Herr Delius – bitte schön, Herr Kollege!

Martin Delius (PIRATEN):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Chefhausmeister, Herr Oberg, sehr schön!

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

– Ja, das ist ein Scheißthema, das ist völlig richtig. – Das Problem ist nicht neu. Man kann sich die Frage stellen, warum jetzt der Antrag kommt, aber das würde nur bedeuten, dass man die Artikel aus der letzten Zeit nicht gelesen und auch die Diskussion, die in der Stadt zu dem Thema aktuell wieder hochgekocht ist, nicht wahrgenommen hat. Ich finde den Antrag der Grünen völlig richtig. Er bezieht sich auf einen Teilaspekt der Problemlösung, den auch der Senat festgestellt hat. In dem Brief von Herrn Rackles, der schon erwähnt wurde, steht nämlich auch: vereinheitlichte Ausschreibung und eine Verbesserung der Vertragskontrolle. – Frau Bentele hat es auch erwähnt. Ihre Formulierung war – ich habe es mir aufgeschrieben: Problem mancher Bezirke. – Das ist genau der Punkt, warum man zu einer Musterausschreibung kommen sollte, damit eben nicht immer manche Bezirke ein Problem haben und andere nicht.

Wenn insbesondere, wie früher beim Schulessen, da waren wir uns einig, nur nach dem Preis ausgeschrieben wird – das kann nicht funktionieren, das führt zu schlecht gereinigten Schultoiletten und -fluren, Turnhallen und Klassenräumen, das führt zu prekären Arbeitsverhältnissen bei Subkontraktoren von von der öffentlichen Hand bezahlten Reinigungsfirmen. Das können wir so nicht stehen lassen, deswegen beschäftigen wir uns damit. Und das ist auch völlig richtig.

Angefangen hat das Problem in Friedrichshain-Kreuzberg, das ist völlig korrekt. Davon wissen wir, weil Frau Remlinger dankenswerterweise alle bildungspolitischen Sprecher ihrer BVV-Fraktion animiert hat, eine Musteranfrage zu stellen. Wir haben dann von den Sparmaßnahmen des SPD-Bezirksstadtrats in Friedrichshain-Kreuzberg gehört. Dann durften wir uns das auch im Hauptausschuss anhören. Ich war dabei, es war sehr interessant.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Oberg?

Martin Delius (PIRATEN):

Nein! Hier wurde schon so viel gefragt.

[Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE) –
Zurufe von der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Oberg! Es hat jeder das Recht, eine Zwischenfrage nicht zuzulassen. Das brauchen Sie jetzt nicht weiter zu kommentieren. Der Kollege Delius hat das Wort.

Martin Delius (PIRATEN):

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie Herrn Oberg noch mal erklärt haben, wie das hier im Parlament läuft.

[Beifall bei den PIRATEN und
der LINKEN]

Worauf wollte ich hinaus? – Genau! Der Senat ist der Meinung, das sollen mal schön die Bezirke machen. Federführend soll ein Bezirk sein. Der ist mit Datum von heute noch nicht gefunden. Die Bezirke sind sich auch noch nicht im Klaren darüber, ob sie überhaupt eine Musterausschreibung wollen. Wir haben schon von Herrn Beckers – wie gesagt, SPD Friedrichshain-Kreuzberg – gehört, dass dafür kein Personal da sei. Das ist ein grundsätzliches Problem, was die Schulreinigung angeht.

[Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Herr Buschkowsky von der SPD in Neukölln wurde schon zitiert. Er ist der Meinung, das sollten alle Bezirksämter alleine schaffen.

[Beifall von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Offensichtlich schaffen sie es nicht. Herr Buschkowsky ist offensichtlich in einer anderen Welt, weil er das Problem nicht erkannt hat.

[Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Der Bürgermeister von Reinickendorf, Frank Balzer von der CDU, sagt einfach: Ich sehe mich nicht in der Verantwortung. – Ähnlich äußert sich auch die entsprechende Bildungsstadträtin von der CDU.

Insofern bleibt die Frage: Wer soll es machen? – Wir haben das Problem erkannt, der Senat hat das Problem erkannt: Eine vereinheitlichte Ausschreibung tot not – neben anderen Dingen. Was die Fachtagung soll, weiß ich nicht, aber okay, sie kann vielleicht auch helfen. – Wer soll es denn machen? Wir sind mit den Grünen der Meinung, dass sich der Senat darum kümmern muss. Das kann er auch, er hat es beim Schulessen bewiesen. Ein Streitpunkt, den wir mit den Grünen noch ausdiskutieren müssen, ist, dass wir aufgrund der schlechten Erfahrungen, die wir mit den Vergaben beim Schulessen gemacht haben, der Meinung sind, da sollte die Wirtschaftsverwaltung tätig werden.

(Martin Delius)

[Zuruf von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Es ist vielleicht besser, wenn ausgewiesene Vergabeexperten die Ausschreibung konzipieren und den Prozess moderieren, aber das kriegen wir im Ausschuss bestimmt noch hin.

Ansonsten: Guter Antrag zur richtigen Zeit! Vielleicht passiert endlich mal etwas, wenn wir das hier im Parlament diskutieren. – Danke schön!

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.5:

Priorität der Fraktion Die Linke

Tagesordnungspunkt 10

- a) Fachkräftemangel in den Kitas bekämpfen (I): Schaffung einer Beratungsstelle für Quereinsteiger/-innen in den Erzieher/-innenberuf und für Kitaträger**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. März 2014
Drucksache [17/1530](#)

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0905](#)

- b) Bundesratsinitiative für vollfinanzierte dreijährige Umschulung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher ergreifen!**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. März 2014
Drucksache [17/1531](#)

zum Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/1080](#)

- c) Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Erzieher/-innenberufs und des Berufs als Kindheitspädagogin bzw. Kindheitspädagoge**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. März 2014
Drucksache [17/1532](#)

zum Antrag der Piratenfraktion
Drucksache [17/1138](#)

- d) Fachkräftemangel in den Kitas bekämpfen (II): Verbleibsstudie der Berliner Bachelor-Absolventen und Absolventinnen**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. März 2014 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 9. April 2014
Drucksache [17/1584](#)

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0987](#)

Wird der Dringlichkeit zu d widersprochen? – Das ist nicht der Fall. – Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von grundsätzlich fünf Minuten zur Verfügung. Soweit eine Fraktion die Redezeit von fünf Minuten überschreitet, erfolgt eine Anrechnung auf das Kontingent der Fraktion gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. Es beginnt die Fraktion Die Linke. – Frau Möller, Sie haben das Wort!

Katrin Möller (LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wir haben in Berlin ein großes Problem, das ist der dramatische Fachkräftemangel im Erzieherinnen- und Erzieherberuf. Dieses Problem wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen in den Kitas ausgetragen. Und das geht so nicht weiter.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Deshalb liegen heute vier Anträge vor, die Vorschläge unterbreiten, wie man die Situation verbessern kann, natürlich ausschließlich Oppositionsanträge. Die Kollegen von der Koalition sind ja unentwegt damit beschäftigt, auf die ganz große Pauke zu hauen und sich unter anderem zu überlegen, wie sie mittels Zwang, Pflicht und Bußgeldandrohung mehr Eltern dazu bringen, ein vertrauensvolles Verhältnis zur Berliner Kita aufzubauen.

Was machen Sie eigentlich mit den vielen Vorschlägen von Expertinnen und Praktikern, die in dieser Stadt dafür zuständig sind, Politik zu informieren? Haben Sie die Stellungnahme des Berliner Kitabündnisses vom 17. April mit der Überschrift „Gratis-Kitas nur mit Qualität – Berliner Kitabündnis begrüßt kostenfreie Kitaplätze und fordert bessere personelle Ausstattung“ sowie das Acht-Punkte-Programm „Zugangswege erleichtern, informieren und überzeugen“ gelesen? Lesen Sie so was auch mal, oder fliegt das immer gleich in den Papierkorb?

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Es reicht nicht, ständig medienwirksam Dinge zu verkünden, ohne zu sagen, wo die nötigen Kitaplätze und das entsprechende Mehrpersonal herkommen sollen. Der Senat hat selbst mehrfach eingestanden, dass bereits jetzt